

SZ-Interview mit dem Außenminister

Kinkel: Die emotionale Reaktion Ankaras haben wir nicht erwartet

Bonn will die Türkei „auf dem Gleis nach Europa halten“, befindet das Land aber „noch nicht reif“ für die Europäische Union

Die Beziehungen mit Ankara sind vereist; die Türkei, ein alter Freund, gibt Bonn die Schuld an der rüden Reaktion des EU-Gipfels auf türkische Beitrittswünsche. Premier Mesut Yilmaz wähnt sogar, daß Bundeskanzler Helmut Kohl aus der EU einen „Club der Christen“ machen wolle. Außenminister Klaus Kinkel spricht indes von „überzogenen Erwartungen“, die „emotionale Reaktionen“ hervorgerufen hätten. Er betont: „Wir wollen die Türkei auf dem Gleis nach Europa halten. Wir wollen sie dabei haben, sie gehört nach Europa, und wir wollen ihr dabei helfen.“ Josef Joffe sprach mit Kinkel, der in Holland Ferien macht.

SZ: Herr Außenminister, deutsche Diplomatie versucht immer gut Freund mit jedermann zu sein. Warum stoßen wir jetzt die Türkei vor den Kopf?

Kinkel: Tun wir nicht. Die Erwartung der Türkei war überzogen und unerfüllbar, jetzt gleichbehandelt zu werden mit den fünf mittel- und osteuropäischen Ländern, die nicht sofort an der Startlinie zu Beitrittsverhandlungen, aber dicht davor sind.

SZ: Warum überzogen?

Kinkel: Weil die Türkei nicht reif ist für die Vollmitgliedschaft in der EU, die eine Wertegemeinschaft ist. Angesichts der Demokratie-Defizite, des Kurdenproblems und der Schwierigkeiten mit Griechenland kann die Türkei Gleichbehandlung nicht erwarten.

SZ: Mit Spanien, Portugal und Griechenland hat aber die EU damals ex-autoritäre

Regime aufgenommen, deren Demokratie auch nicht gefestigt war.

Kinkel: Das ist so nicht richtig und auch nicht vergleichbar. Im Augenblick geht das mit der Türkei noch nicht. Ich habe aber deutlich gesagt, daß wir die Türkei auf dem Gleis nach Europa halten wollen. Wir wollen sie dabei haben, sie gehört nach Europa, muß sich aber selbst anstrengen, und wir wollen ihr dabei helfen.

SZ: Premier Yilmaz hat gerade Kanzler Kohl heftig attackiert: Der wolle aus der EU eine „Christen-Union“ machen.

Kinkel: Absoluter Unsinn. 2,1 Millionen Türken leben in der Bundesrepublik, mit über tausend islamischen Gebetsstätten. Der Vorwurf, wir wollten sie aus religiösen Gründen fernhalten, ist wirklich absolut neben der Sache.

SZ: Gerade Deutschland konnte immer auf viel Goodwill in der Türkei zählen. Warum dieser Krach ausgerechnet zwischen Bonn und Ankara?

Kinkel: Wir wollen keinen Krach. Seit langer Zeit unterhalten wir freundschaftliche Beziehungen auf allen Gebieten. Wir dürfen sie auch keinesfalls aufs Spiel setzen. Ich wiederhole: Die Erwartungen waren leider unrealistisch. Das hatte Premier Yilmaz auch immer wieder selbst erklärt, zuletzt bei seinem Deutschlandbesuch.

SZ: Woher diese unrealistischen Erwartungen?

Kinkel: Vor dem Luxemburger Gipfel ha-

ben manche einen Schönheitswettbewerb veranstaltet – wer der Türkei am besten gefallen könnte, indem er mit dem schnellen Beitritt winkt. Da haben wir nicht mitgemacht?

SZ: Wer war das?

Kinkel: No comment. Im übrigen sollten wir jetzt Ruhe einkehren lassen. Die jüngsten Erklärungen von Yilmaz in Washington klangen schon balancierter. Die Türkei will und darf sich nicht von Europa abkoppeln. Sie ist unser NATO-Partner, sie muß die europäische Option beibehalten – auch in unserem Interesse. Wir müssen die Wogen glätten.

SZ: Die Regierung in Ankara hat also keine Alternative?

Kinkel: Nein, so will ich das nicht sagen. Nach dem Kalten Krieg kommt der Türkei noch höhere Bedeutung zu als vorher: als Brücke zum Islam, zum Transkaukasus und zu Zentralasien. Die Türkei ist auch sehr wichtig für uns.

SZ: In Washington hat Yilmaz Freundliches von Clinton gehört. Verhält sich die EU unstrategisch, indem sie den USA das Spiel überläßt?

Kinkel: Die USA haben es leichter. Sie sehen die strategische Bedeutung der Türkei wie wir, sie haben dort Militärbasen und sagen uns: Nehmt die Türkei möglichst schnell auf. Das wollen wir auch, aber es ist eben sofort nicht möglich wegen der bekannten Probleme.

SZ: Deutsche Politik war es immer, die Dinge durch Dialog und Einwirken zu ändern – wie mit Iran und der alten Sowjetunion.

Kinkel: Es ist ungeheuer schwierig, der Türkei von außen zu helfen. Nehmen wir den Streit mit Athen in der Frage des ägäischen Festlandssockels. Warum trägt Ankara dieses Problem nicht zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag?

SZ: Die Griechen sind aber auch keine Engel.

Kinkel: Wir haben beide Seiten in der Cypern-Frage aufgefordert, aufeinander zuzugehen.

SZ: Mit der klassischen Politik des Engagements hätten Sie mehr Einfluß.

Kinkel: Die war bisher auch sehr erfolgreich. Diese emotionale Reaktion haben wir nicht erwartet, sie war nicht erwünscht und darf nicht zur Trübung unseres Verhältnisses führen. Nur: Es ist ungerecht, daß Ministerpräsident Yilmaz seine Enttäuschung allein auf uns fokussiert. In Luxemburg hat keiner gesagt, die Türkei müsse mit den fünf Kandidaten, die nicht sofort an die Startlinie kommen, absolut gleichgestellt werden.

SZ: Der italienische Außenminister Lamberto Dini hat mit dem Finger auf die Griechen und Deutschen gezeigt.

Kinkel: Das war unangebracht, und ich habe ihm auch die entsprechende Antwort gegeben.

KLAUS KINKEL

Photo: SZ-Archiv/imo